

## **Die Diskussion um den Spitzenkandidaten für das Amt des Bürgermeisters der neuen Großgemeinde Verl hielt an**

### **Im Januar 1970 benannten die Parteien ihre Kandidaten für die ersten Kommunalwahlen nach der kommunalen Neuordnung**

Erinnert sich noch jemand an das Amt Verl – jenen Verwaltungsbezirk, der die fünf politisch selbständigen Gemeinden Verl, Bornholte, Sende, Österwiehe und Schloß Holte (Liemke) umfasste? Das bedeutete: fünf Gemeindevertretungen mit fünf ehrenamtlichen Bürgermeistern, die die Entwicklung ihrer Gemeinden bestimmten, und eine Amtsvertretung mit einem ehrenamtlichen Bürgermeister für den Kommunalverband. Ihrer aller Geschäfte führte die Amtsverwaltung, zuletzt mit dem Amtsdirektor an der Spitze.

Dieser Aufbau endete vor 50 Jahren, am 1. Januar 1970, als die kommunale Neuordnung des Kreises Wiedenbrück in Kraft trat. Sie löste die alten kleinen Gemeinden zugunsten neuer großer Gemeinwesen auf, die leistungsfähiger sein sollten. Das Amt Verl mit seinen fünf amtsangehörigen politischen Gemeinden Verl, Bornholte, Sende, Österwiehe und Schloß Holte gab es nun nicht mehr. Stattdessen bestanden jetzt zwei neue Großgemeinden: Die neue Gemeinde Verl (seit 2010 Stadt), in der die alten Gemeinden Verl, Bornholte und Teile der alten Gemeinden Sende, Österwiehe und Schloß Holte (Liemke) aufgegangen waren, sowie die neue Gemeinde Schloß Holte-Stukenbrock. Für sie mussten neue Gemeinderäte und Bürgermeister gewählt werden.



Der Eingang des „Deutschen Hauses“, in dem sich die Mitglieder der CDU im Januar 1970 trafen. Die Aufnahme stammt aus dem Jahr 2005.

Die Parteien begannen sofort, sich auf die Kommunalwahlen im März vorzubereiten. Am Freitag, dem 23. Januar 1970, trafen sich sowohl die Mitglieder der SPD als auch die der CDU in Verl, um ihre Kandidatinnen und Kandidaten aufzustellen. Über die Zusammenkunft der CDU hat sich im Stadtarchiv ein Zeitungsbericht erhalten: Binnen drei Stunden bestimmten rund 200 Mitglieder der CDU im „Deutschen Haus“ der Familie Ameling 16 Direktkandidaten und eine Direktkandidatin. Darunter befanden sich der Bürgermeister der alten Gemeinde Verl, Hermann Dreismann, und Margarete Adamek, seit 1964 Ratsmitglied der alten Gemeinde Verl. Außerdem einigten sich die Parteimitglieder auf eine Reserveliste, auf der sich neben den Direktkandidaten noch 30 weitere Personen befanden. Dass die Auswahl in so verhältnismäßig kurzer Zeit gelang, kam nicht von ungefähr: „Da die Ortsvereine der bisherigen Gemeinden sich vorab Gedanken gemacht hatten über die Vertreter im neuen Rat der Großgemeinde, fußte der in der gemeinsamen Mitgliederversammlung unterbreitete Vorschlag der Ortsverbände bereits auf einem Mitgliedervotum“, erklärten die Zeitungen. Einen Spitzenkandidaten benannte die Partei jedoch nicht. Die Frage, wer im Falle eines Wahlsiegs der CDU der ehrenamtliche Bürgermeister der neuen Gemeinde Verl werden würde, blieb an diesem Abend unbeantwortet – die Diskussion um die Spitzenkandidaten hielt an.

## Zum ersten Mal „Alle unter einem Hut“

### Das gemeinsame Karnevalsfest im Februar 1970 war ein großer Erfolg – darüber berichtete der Kleinanzeiger „Verler Leben“

Neun Karnevalsvereine bestanden – zum Teil innerhalb größerer Vereine wie der Kolpingsfamilie oder des Männergesangvereins – auf dem Gebiet der jungen Großgemeinde Verl. Das berichtete der „Kleinanzeiger Verler Leben“ im Februar 1970. Den Anlass bildete das erste gemeinsame Fest in der Schützenhalle, das die Vereine unter dem Motto „Alle unter einem Hut“ gerade gefeiert hatten. Dieses Fest für alle hatte sich aus der Idee einiger Karnevalsbegeisterter entwickelt, einen Jugendkarneval zu organisieren. (Ob dabei auch der Gedanke eine Rolle spielte, in der neuen Großgemeinde erstmals groß gemeinsam zu feiern, ist nicht überliefert.)

Zu dem entsprechenden Beschluss kamen die Beteiligten jedenfalls „recht kurzfristig“ (im Dezember 1969), heißt es in dem Bericht im „Verler Leben“. Deshalb stand „nicht viel Zeit für die Einstudierung des Programms zur Verfügung“. Dennoch gab es Tanzdarbietungen, Liedvorträge des „Heinemeier-Trios“ und Büttenreden. Das Fest wurde „ein großer Erfolg“, und der „große Andrang (viele der Karnevalisten mußten stehen bzw. erhielten keinen Eintritt mehr)“, zeigte, „daß in der Bevölkerung ein Fest dieser Art gewünscht wird“.

Tatsächlich sollten die Närrinnen und Narren 48mal in Folge gemeinsam „unter einem Hut“ feiern. (Einzig wegen des Irak-Kriegs 1981 fiel das Fest einmal aus.) „Großartige Partys und tolle Shows haben wir erlebt, in Spitzenzeiten kamen über 600 zahlende Gäste zu den Veranstaltungen. Verl wurde zu einer echten Karnevalshochburg“, erinnerte sich Sebastian Hensler von der Interessengemeinschaft „Alle unter einem Hut“ 2018. In diesem Jahr richtete sie das Fest zum letzten Mal aus. Die Nachfrage nach den Karten hatte in der Vergangenheit stetig abgenommen, der Nachwuchs aus den eigenen Reihen für die Organisation und für die Gestaltung des Programms fehlte. Es rechnete sich nicht mehr.



Ein Ausschnitt aus der Titelseite des Anzeigers „Verler Leben“ im Februar 1970.

Der Kleinanzeiger „Verler Leben“, der noch heute besteht, erschien 1970 bereits in seinem dritten Jahrgang. Im Juli 1967 hatte ihn die „junge Mannschaft“ in der „traditionsreichen Buchdruckerei“ Maasjost in Verl aufgelegt.

Die Herausgeber stellten ihr Heft in der ersten Ausgabe mit den folgenden Worten vor: „VERLER LEBEN ist hierzulande ein Begriff. Heute stellt sich Ihnen, liebe Mitbürger, ein anderes VERLER LEBEN vor. Dies VERLER LEBEN ist neu. Wir haben es ins Leben gerufen, weil wir glauben, daß unser Gemeinwesen ein solches Organ braucht. VERLER LEBEN will keine Zeitung sein. Es will Dinge aus den Gemeinden Verl, Sende, Bornholte und Oesterwiehe bringen, die in der Tageszeitung zu kurz kommen müssen, Informationen vermitteln, die über den Tag hinaus aufzuheben sich lohnt,

Hinweise abdrucken, auf die man von Zeit zu Zeit zurückgreifen kann: Termine, wichtige Anschriften, Vereinsnachrichten. (...) Wie bei der Zeitung sind es die Anzeigen, die VERLER LEBEN leben lassen. Die Geschäftswelt hat hier eine vorzügliche Möglichkeit, sich bei ihrer Kundschaft bekanntzumachen und im Gedächtnis zu bleiben.“ Tatsächlich gehörten die ersten Seiten des „Verler Leben“ anfangs ausführlichen redaktionellen Berichten über aktuelle politische Themen und öffentliche Angelegenheiten vor Ort. Erst dann folgten die Meldungen aus dem Vereins- und aus dem Geschäftsleben, verbunden mit vielen Anzeigen.



### **„Ein verspäteter, betrüblicher Aprilscherz“**

#### **In der benachbarten neuen Großgemeinde Schloß Holte-Stukenbrock hatte im April 1970 einer von zwei CDU-Bürgermeisterkandidaten wegen Ortsteil-Denkens das Nachsehen**

Schloß Holte war die bevölkerungsreichste Gemeinde im Amt Verl gewesen. Mit der gleichnamigen Ortschaft verfügte sie über einen eigenen Mittelpunkt mit Bahnhof, Post und Amtsnebenstelle. Deshalb hatte die Gemeinde Schloß Holte schon lange vor der kommunalen Neuordnung des Jahres 1970 selbständig sein und sich aus dem Amtsverband Verl lösen wollen. Das war ihr jedoch nicht gelungen.

Als die kommunale Neuordnung am 1. Januar 1970 Schloß Holte mit dem benachbarten Stukenbrock zu einer neuen Großgemeinde verband, war dies in Schloß Holte ein Grund zur Freude. Stukenbrock hingegen hatte den Zusammenschluss abgelehnt, obwohl die beiden Gemeinden sich baulich bereits berührten. Dafür bestrafte die Schloß Holter nachträglich den Bürgermeister der alten Gemeinde Stukenbrock, Josef Zellermann.

Ihn hatte die CDU als ihren Kandidaten für das Bürgermeisteramt der neuen Großgemeinde Schloß Holte-Stukenbrock vorgeschlagen. Doch obwohl die CDU mit 23 von 33 Sitzen die absolute Mehrheit im Rat besaß, konnte Josef Zellermann bei der Wahl am 2. April 1970 nicht die Mehrheit der Stimmen auf sich vereinigen. Sie erhielt stattdessen der Bürgermeister der alten Gemeinde Schloß Holte, Karl Oesterwalbesloh. Ihn, der ebenfalls der CDU angehörte, hatte die mit acht Sitzen im Rat vertretene SPD als Kandidat benannt – Karl Oesterwalbesloh bekam aber nicht nur acht, sondern 18 Stimmen und folglich etliche von CDU-Ratsmitgliedern aus Schloß Holte. Offensichtlich war die CDU-Fraktion des Rats der neuen Großgemeinde Schloß Holte-Stukenbrock gespalten, weil altes Ortsteildenkens mehr Gewicht besaß als die Parteizugehörigkeit. Das hatte vermutlich zu einer Absprache mit der SPD geführt, Karl Oesterwalbesloh vorzuschlagen. (Die SPD erhielt „im Gegenzug“ Stimmen der CDU für ihr Mitglied Hubert Voßhenrich als ersten Bürgermeister-Stellvertreter.)

Wegen der Uneinigkeit innerhalb der CDU-Fraktion gelang es im weiteren Verlauf der Sitzung nicht, sich über die Besetzung der Ausschüsse zu einigen. Entsprechend mahnten anschließend die Zeitungen: „Nun sind sachliche Gespräche dringend, um den Start der Großgemeinde nicht durch eine uneinige CDU-Fraktion und das daraus erwachsende Ortsteil-Denkens übermäßig zu erschweren.“



Für den Ortsteil Schloß Holte der neuen Großgemeinde Schloß Holte-Stukenbrock steht hier ein Bild der Kirche St. Ursula. Es stammt aus der Festschrift „55 Jahre St. Ursula in Schloß Holte 13.10.1968“ der gleichnamigen Kirchengemeinde.

## **Ja, ist denn schon wieder Landtagswahl?**

### **Im Mai 1970 trat der Landtagskandidat Landrat Paul Lakämper mehrfach in der Gemeinde Verl in Erscheinung**

Dass bald (nämlich im Juni) ein neuer Landtag gewählt würde, konnten aufmerksame Verlerinnen und Verler im Mai 1970 an der Zahl der Besuche des Landrats des Kreises Wiedenbrück, Paul Lakämper, in ihrer Gemeinde ablesen. Denn er war der Landtagskandidat der CDU für den Kreis Wiedenbrück und dreimal berichteten die Zeitungen in diesem Monat über seine Anwesenheit in der jungen Großgemeinde: Zunächst besichtigte Paul Lakämper den Fortgang der Arbeiten am Um- und Erweiterungsbau des St.-Anna-Hospitals, die bereits über eineinhalb Jahre andauerten. Persönlich führte Pfarrer Ludwig als Vorsitzender des Hospital-Kuratoriums den von Ratsmitgliedern begleiteten Landrat durch zwei neue Operationssäle und den Kreißaal.

Am Abend desselben Tages sprach Paul Lakämper vor Mitgliedern der Jungen Union, die erst seit kurzem unter dem Vorsitz von Franz Josef Balke in Verl bestand. Der Abend trug das Motto „Politik, Chance der Jugend“. Der Landrat bestätigte, dass die ältere Generation der jüngeren durchaus eine Chance zur politischen Mitarbeit geben wolle. Doch fänden sich zu seinem Bedauern nur wenige junge Menschen, die zu einer „echten Diskussion“ bereit seien: Schließlich müsse man in einer politischen Diskussion „die Ansicht seines Gegners nicht nur zur Kenntnis nehmen, sondern sich mit ihr auseinandersetzen. Man müsse hierbei seine eigene Ansicht überdenken und diese notfalls in Frage stellen können. Aus diesem Grunde seien leider nur sehr wenige bereit, politisch wirklich ernst mitzuarbeiten“, gaben die Zeitungen seine Worte wieder. Aufgabe der Jungen Union sei daher, so Paul Lakämper, „die eigene Generation politisch zu aktivieren“.

Als eine „gesellschaftspolitische Aufgabe fürs ganze Volk“ beschrieb der Landrat den Dienst in der Feuerwehr, als er auf dem Kreisfeuerwehrverbandstag in Kaunitz am 23. Mai 1970 sein Grußwort sprach: Denn Einsatzbereitschaft und Mut, wie sie die Feuerwehrleute zeigten, seien „die Grundlage jeder Gesellschaftsordnung“. Seine eigene Einsatzbereitschaft als „Abgeordneter für alle“, wie sich Paul Lakämper selbst sah, stellte er mit seiner erneuten Kandidatur für den Landtag unter Beweis.

Paul Lakämper (1926-1983) war von 1964-1973 Landrat des Kreises Wiedenbrück und anschließend bis zu seinem Tod Landrat des Kreises Gütersloh. Die Fotografie stammt aus dem Band „Monographie des Kreises Gütersloh – Männer der Verwaltung“ aus dem Jahr 1972.



## **Ein Jahrhunderte alter Hof musste weichen**

### **Im Juni 1970 geschah der Abbruch der Helfgerdschen Gebäude in der Sürenheide**

Den Namen Helfgerd verbinden wir heute mit der großen Siedlung in Sürenheide. Ihr Aufbau begann mit dem Abbruch des gleichnamigen alten Hofes Anfang Juni 1970. Dort, wo jetzt die Grillen- und die Libellenstraße aufeinandertreffen, standen sein Hauptgebäude, seine Scheune und seine Stallungen. Die alte Gemeinde Verl hatte die Hofstelle und dazugehörige Acker- und Wiesenflächen im März 1968 (noch vor der kommunalen Neugliederung, die im Januar 1970 in Kraft trat) von Alois Helfgerd gekauft. Zuvor hatte der Architekt Hans Bernhard Reichow in ihrem Auftrag einen Flächennutzungsplan für das Gebiet entwickelt. Weil Verl einen starken Zuzug erwartete, hatte der „Erbauer der Sennestadt“ in der Sürenheide eine Siedlung mit rund 250 Wohnungen an einer noch anzulegenden Wasserfläche (dem heutigen „Verler See“) erdacht. Es handelte sich um eine verdichtete Bebauung mit einem Nebeneinander unterschiedlich hoher Gebäude, darunter drei Hochhäuser. Mit ihrer Verwirklichung würde Verl nach Ansicht ihrer Befürworter „städtebaulich einen Schritt in die Zukunft“ tun.

Mit dem Abbruch der Helfgerdschen Gebäude verschwanden die baulichen Zeugen einer vielhundertjährigen Hofgeschichte. Der Forscher Rudolf Gürtler nannte als ältesten schriftlichen Beleg für den Hof eine Pachtgeldordnung aus dem Jahr 1554. Er erscheint hier unter dem Namen „Helff Jorgen“ als sogenanntes Zweitägercolonat. Das war ein dem Landesherrn, dem Grafen von Rietberg, gehöriger Hof, dessen leibeigener Bauer dem Herrn im Jahr verschiedene Abgaben und zwei Tage „Hand- und Spanndienste“ leisten musste. Der Name des Hofes wandelte sich im Laufe der Zeit von „Helff Jorgen“ über „Helff Johan“ zu „Helfschröder“ und/oder „Helfjakob“, bis sich in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts „Helfgerd“ festzuschreiben begann.

Einige Wochen nach dem Abbruch der Helfgerdschen Gebäude, im September 1970, hatten Arbeiter bereits den Rohbau eines ersten mehrgeschossigen Hauses der neuen Siedlung in die Höhe gezogen. Der Ausbau der Grillenstraße stand kurz bevor. Um Material für den Straßenbau zu gewinnen, trugen Bagger sandreiche Erde ab, ganz in der Nähe, dort, wo bei der Siedlung der geplante See entstehen sollte. Dass bereits in einem Meter Tiefe Grundwasser aufstieg, erschwerte zwar die Abgrabungsarbeiten, war jedoch für die Entstehung des Gewässers eine Hilfe. Der Rand des ausgebagerten Geländes „hatte bereits eine schräge Böschung erhalten, die das Ufer des Sees bilden“ würde, berichteten die Zeitungen.

## **Eine Mehrheit für Hubert Hermwille**

### **m Juli 1970 berichteten die Zeitungen über die Wahl eines zweiten stellvertretenden Bürgermeisters**

Kaum hatte ihn der aus 24 CDU- und neun SPD-Mitgliedern zusammengesetzte Rat der neuen Großgemeinde Verl im März 1970 einmütig zum Bürgermeister gewählt, verunglückte Hermann Dreismann (CDU) im April schwer. Solange er nicht genesen war, übernahm sein Stellvertreter Heribert Fleiter (SPD) den Vorsitz im Rat. Als sich diese Lage im Juni noch immer nicht verändert hatte, wählte der Rat einen zweiten stellvertretenden Bürgermeister. Dadurch sollte der im Augenblick amtierende erste stellvertretende Bürgermeister seinerseits einen Stellvertreter bekommen.

Die CDU schlug als zweiten stellvertretenden Bürgermeister Hubert Hermwille (CDU) vor, einen erfahrenen Kommunalpolitiker. Er war bereits von 1952-1969, als es noch das Amt Verl gab, Bürgermeister der Gemeinde Bornholte gewesen. Unmittelbar anschließend hatte der Innenminister des Landes Hubert Hermwille zum „Beauftragten für die Wahrnehmung der Aufgaben des Rates“ in der neuen Großgemeinde Verl bestellt – vom Tag ihrer Entstehung am 1. Januar 1970 bis zum Tag der Kommunalwahl am 15. März 1970, in der sie kurzzeitig noch ohne Rat und Bürgermeister war. Im Juni nun erhielt er – bei nur einer Enthaltung und einer Nein-Stimme – 30 Ja-Stimmen aus dem Kreis der Ratsmitglieder und konnte sich damit als zweiter stellvertretender Bürgermeister ihres Vertrauens sicher sein. Die Zeitungen berichteten ihren Leserinnen und Lesern am 1. Juli darüber.

Nur wenige Monate später sollte sich die Stellung Hubert Hermwilles ein weiteres Mal verändern. In der Sitzung des Gemeinderats im November beantragte die CDU-Fraktion, ihn, den zweiten stellvertretenden Bürgermeister, zum ersten stellvertretenden Bürgermeister zu machen. Dieses Amt hatte nämlich weiterhin Heribert Fleiter von der SPD inne, der inzwischen seit einem halben Jahr anstelle des verunglückten Bürgermeisters Hermann Dreismann dessen Aufgaben wahrnahm. Dass ein Mitglied der Minderheit im Rat so unerwartet lange an dessen Spitze stand, war der CDU als Mehrheitsfraktion mittlerweile ein Dorn im Auge. Sie drängte jetzt auf einen ersten stellvertretenden Bürgermeister aus ihren Reihen – obwohl sie anerkannte, dass Heribert Fleiter „sich in der Vergangenheit mit aller Kraft für die Belange der Gemeinde eingesetzt habe“. Gegen die Stimmen der SPD wählte die CDU Hubert Hermwille in das Amt des ersten stellvertretenden Bürgermeisters. Heribert Fleiter war enttäuscht und „erinnerte daran, daß er sowohl im März als auch im Juni bei der Wahl Hermwilles zum zweiten stellvertretenden Bürgermeister jeweils einstimmig als erster Stellvertreter bestätigt worden sei. Aus dem jetzigen Beschluß könne der Eindruck entstehen, Bürgermeister-Stellvertreter ließen sich wie Schachfiguren verschieben“, gaben die Zeitungen seine Worte wieder. Entsprechend lehnte Heribert Fleiter das ihm von der CDU angetragene Amt des zweiten stellvertretenden Bürgermeisters ab.



Hubert Hermwille (1911-2001)  
war ein erfahrener  
Kommunalpolitiker der CDU.  
Das Porträtfoto überlieferte  
Josef Freise.

## Richtungsweisende Maßnahmen

### Im August 1970 beschloss der Rat der Gemeinde den Bau einer sechszügigen Hauptschule. Und neue Straßennamen boten Orientierung

Ebenso wie die Realschule Verl (eingrichtet zum 1. April 1964, erbaut 1965/66) bestand die Hauptschule Verl bereits, bevor sie über ein eigenes Haus verfügte. Seit dem 2. September 1968 waren die ersten Hauptschulklassen zu Gast in der Marienschule (Dorfschule) in Verl und in der St.-Georg-Schule in Verl-Sürenheide. Doch den Bau einer sechszügigen Hauptschule beschloss der Rat der jungen Großgemeinde Verl erst in seiner Sitzung am Montag, 10. August 1970. Dieser Entscheidung war am 15. Mai der Beschluss vorausgegangen, lediglich eine im Mittelpunkt der Gemeinde gelegene Hauptschule zu erbauen. Denn das Schulprogramm des Landes sah die Errichtung von Schulzentren vor, so dass eine geplante zweite Hauptschule in Kaunitz keine Aussicht auf eine Verwirklichung hatte. Daher musste der Architekt Hermann Mertens aus Gütersloh aus seinem 1968 für drei Eingangsklassen entworfenen Gebäude eines für sechs Eingangsklassen schaffen. Es gelang ihm, indem er auf den zweigeschossigen Klassentrakt ein drittes Geschoss aufsetzte, „ohne die Grundkonzeption anzutasten“. Das war möglich, weil „die anfängliche Planung bereits auf spätere bauliche Erweiterungen abgestellt war“, berichteten die Zeitungen anerkennend. Die Reporter erlebten in diesem Monat auch, dass die Gemeinde viele neue Straßennamen einführte und entsprechend zahlreiche Schilder neu aufstellte. Der Grund dafür lag in der kommunalen Neugliederung: Nachdem aus weiten Teilen des Amtes Verl zum 1. Januar 1970 die Großgemeinde Verl entstanden war, gab es manche Straßennamen gleich doppelt und dreifach. So hatte beispielsweise die alte Gemeinde Verl ebenso einen Birkenweg wie die ehemaligen Gemeinden Bornholte, Sende und Österwiehe. Sowohl Erlen- und Fichtenweg als auch Amsel-, Blumen-, Brink- und Hellweg, Holter Straße, Lerchen-, Stroth-, Wiesen- und Weidenweg kamen mehrfach vor. Hier mussten neue Namen kommen. Wo es möglich war, behielt diejenige der „doppelten Straßen“ ihren Namen, die die meisten Anlieger hatte. Ansonsten nutzte die neue Großgemeinde die Notwendigkeit der Umbenennung dafür, die Straßennamen nach einer neuen Ordnung zu vergeben: Das „Blumenviertel“ befand sich in Bornholte-Bahnhof, „die Baumnamen bleiben Oesterwiehe vorbehalten, Dichter, Philosophen und Musiker sind in den Straßenbenennungen der Siedlung Verl/Bornholte anzutreffen und die Namen von Städten der früheren deutschen Ostgebiete in der Sürenheide. Dem Ortsfremden wird so die Orientierung leichtgemacht“, erklärten die Zeitungen.



Der „Neuer Weg“, den es bereits in der alten Gemeinde Verl gab, durfte seinen Namen 1970 behalten.



## **Aus sechs mach eins**

### **Im Oktober 1970 schlossen sich die Ortsverbände der CDU zu einer großen Ortsunion zusammen**

Aus sechs mach eins – das beschlossen die Mitglieder der Ortsverbände der CDU am Mittwoch, 21. Oktober 1970 bei ihrer Versammlung in der Gastwirtschaft Ameling („Deutsches Haus“) in Verl. Die Partei passte sich damit den neuen räumlichen Gegebenheiten an: An die Stelle des Verwaltungsbezirks und Gemeindeverbands Amt Verl mit seinen fünf amtsangehörigen Gemeinden Verl, Bornholte, Sende, Österwiehe und Schloß Holte war am 1. Januar 1970 die neue Großgemeinde Verl getreten. In sie waren die früheren politischen Gemeinden Verl, Bornholte und Österwiehe vollständig eingegangen, Sende und Schloß Holte jeweils zu einem kleineren Teil (die größeren Teile gehörten jetzt zu der neuen Gemeinde Schloß Holte-Stukenbrock). Außerdem war noch ein kleinerer Teil der früheren Gemeinde Varensell aus dem Amt Rietberg zu Verl gekommen (der größere Teil Varensells gehörte jetzt zu der neuen Stadt Rietberg).

Ziel der kommunalen Neugliederung war es gewesen, größere und leistungsfähigere Gemeinden zu schaffen. Der Beschluss der CDU-Mitglieder im Oktober 1970 war wie ein Echo darauf: Die Ortsverbände Verl, Bornholte und Österwiehe sowie die „Restverbände“ Sende, Schloß Holte und Varensell wollten sich verbinden zu einer „neuen, großen leistungsfähigen Ortsunion Verl“, gaben die Zeitungen wieder.

24 der 33 Mitglieder des im März gewählten Gemeinderats der neuen Großgemeinde gehörten der CDU an – damit war sie „die treibende und tonangebende“ politische Kraft in Verl. Bei der Versammlung im Oktober 1970 waren sich alle Anwesenden darin einig, dass der Zusammenschluss ihrer kleinen Ortsverbände zu einer großen Ortsunion der Weg war, ihrer Partei auch in Zukunft die Macht zu erhalten und den Einfluss zu sichern. An ihre Spitze stellten sie Josef Lakämper (Kaunitz – der heutige Alt-Bürgermeister) als ersten Vorsitzenden und als zweiten Vorsitzenden Alfons Meierfrankenfeld (Sürenheide). Schriftführerin wurde Margarethe Adamek (Verl).

Den jungen Josef Lakämper wählten die Mitglieder der neuen großen Ortsunion Verl 1970 zu ihrem Vorsitzenden.



## **Zwei Verler Institutionen machen von sich reden**

### **Im November 1970 beschlossen die Ratsmitglieder weitere finanzielle Unterstützung für das St. Anna-Hospital. Und der Heimatverein blickte auf sein 50jähriges Bestehen zurück**

Im November 1970 sah der 1968 begonnene Um- und Erweiterungsbau des St. Anna-Hospitals seinem Abschluss entgegen. Das Krankenhaus befand sich in kirchlicher Trägerschaft und stand allen Bürgerinnen und Bürgern offen. Die politische Gemeinde, die wegen dieses Angebots selbst keine entsprechende Einrichtung unterhalten musste, beteiligte sich dafür an den Kosten. Für den Um- und Erweiterungsbau des Krankenhauses hatte sie einen verlorenen Zuschuss von 350 000 DM gewährt und außerdem den Schuldendienst für ein Darlehen der Kirchengemeinde als Trägerin des Hospitals übernommen. Darüber hinaus gab die politische Gemeinde einen jährlichen Zuschuss von 20 000 DM. Doch weil „auf dem Bausektor eine allgemeine Baukostensteigerung eingetreten“ war, hatte die Kirchengemeinde erneut finanzielle Unterstützung beantragt. Sowohl die CDU als auch die SPD – die beiden im Gemeinderat vertretenen Parteien – sahen voraus, dass die politische Gemeinde bei einem Zuschussobjekt wie dem Krankenhaus immer wieder auf „Hilferufe“ der kirchlichen Trägerin gefasst sein musste. Die SPD dachte deshalb über eine mit Landesmitteln geförderte Umwandlung des Hospitals in ein Alten-Krankenhaus nach. Doch die CDU wollte wegen des großen Interesses der Bevölkerung an seiner Erhaltung an dem bestehenden Akut-Krankenhaus festhalten. Mit der Stimmenmehrheit der CDU nahm der Rat den Antrag der Kirchengemeinde an. –

Der Heimatverein Verl feierte im selben Monat sein 50jähriges Bestehen mit einem gemeinsamen Abendessen in der „Altdeutschen“ Gastwirtschaft. Zuvor blickte der Verein in einem ausführlichen Zeitungsbericht zurück: Im November 1920 hatte Pfarrer Ferdinand Kühlmann die Gründung eines „Vereins für Ortsgeschichte und Heimatkunde“ angeregt. In der oberen Gesellschaftsschicht, in Fabrikant Heinrich Schroeder, Amtmann Wilhelm Runte, Sparkassenleiter Hermann Stratmann, den Lehrern Ernst Meurin und Hermann Friesmeyer, dem Mühlenbesitzer Hermann Hambrinker und dem Landwirt Ferdinand Wester-Ebbinghaus, fand er Mitstreiter. Es gab Vorträge und Ausflüge; Ernst Meurin veröffentlichte 1922 für die Schulen eine „Heimatgeschichte des Amtes Verl“. In den folgenden Jahren wirkten sich Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit „lähmend auf die Arbeit des Heimatvereins aus.“

1934 erfolgte eine Neugründung des Vereins. Ein „Bunter Dorfabend“ am 29. Januar 1939 soll der älteren Generation noch 1970 in Erinnerung in gewesen sein.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und des Nationalsozialismus traten am 13. Januar 1949 unter ihrem alten und neuen Vorsitzenden Ernst Meurin die „Heimatfreunde erneut voll in Tätigkeit“. Im Jubiläumsjahr 1970 führte Dr. Heinrich Junkerfeuerborn als 1. Vorsitzender den Verein, der sich noch vor etliche Aufgaben gestellt sah – unter anderem, „eine Heimatstube, ein Heimatarchiv in Film und Bild anzulegen, für den Ortsteil Kaunitz eine Verbindungsabteilung zu bilden“.

Inzwischen, in seinem 100. Jahr, verfügt der Heimatverein Verl in dem historischen Fachwerkhaus Sender Str. 8 über ein ganzes Heimathaus – mit Platz für seine verschiedenen Gruppen und Veranstaltungen, mit Vortragssaal, Ausstellungsräumen, Bibliothek, Sammlungen, Büro und mit einem multimedialen „Heimatlabor“. Er ist in Verl eine Institution.



Heimatarbeit im Verler Land  
75 Jahre Heimatverein Verl  
1920-1995

Sein 75jähriges Bestehen konnte der Heimatverein Verl bereits im Heimathaus an der Sender Straße feiern, wie die Festschrift zeigt.

## Ein „Fünfjahresplan“ in Verl

**Im Dezember 1970 stellte Gemeindedirektor Dr. Klose dem Rat das Investitionsprogramm für den Zeitraum 1970-1974 vor**

Mit einem „Fünfjahresplan“ verbinden die meisten Menschen die Wirtschaftsplanung in sozialistischen Staaten. Dort war ein solcher Plan Gesetz und seine Erfüllung Pflicht. Derjenige „Fünfjahresplan“, den Gemeindedirektor Dr. Hans-Georg Klose im Dezember 1970 dem Rat der Gemeinde Verl vorstellte, war weniger unerbittlich: „Das von ihm vorgelegte Programm könne jederzeit ergänzt, erweitert oder auch gekürzt werden“, gaben die Zeitungen seine Worte wieder. Trotzdem – die langfristige Planung sollte die Entwicklungs- und Investitionsschwerpunkte der jungen Großgemeinde in den kommenden Jahre verbindlich benennen.

Unter diesen Schwerpunkten waren, wie bereits im Haushaltsplan für das Jahr 1971 berücksichtigt, der schon begonnene Bau der sechszügigen Hauptschule, die Weiterführung von Straßenbauten und der Ausbau der Straßenbeleuchtung sowie der Kanalisation. Außerdem plante die Gemeinde in den kommenden Jahren ein Sport- und Freizeitzentrum, ein Hallenbad und eine Beteiligung am Ausbau des katholischen Jugendheims in Verl.

Im Vergleich zu anderen Gemeinwesen aufzuholen galt es bei den Kindergärten: Es gab 1970 nur den in kirchlicher Trägerschaft befindlichen St. Anna-Kindergarten in Verl. In den nächsten Jahren wollte die politische Gemeinde eigene Kindergärten in Kaunitz und Sürenheide eröffnen. Außerdem plante die evangelische Kirchengemeinde einen Kindergarten in Verl, den die Kommune finanziell unterstützen würde.

Eine weitere Notwendigkeit war der Aufbau einer zentralen (und damit sauberen und sicheren) Trinkwasserversorgung in der Gemeinde – sie fehlte noch völlig, die Bürgerinnen und Bürger förderten ihr Wasser aus Hausbrunnen. Wegen der außerhalb der Siedlungskerne vorherrschenden Streusiedlung würde es schwer werden, alle Haushalte anzuschließen. Erste Pläne sollte der Rat bereits Anfang des kommenden Jahres 1971 besprechen können. (Baubeginn war 1975.)

Die CDU, die über die Mehrheit der Stimmen im Gemeinderat verfügte, sah in dem vorgestellten Investitionsprogramm ihre Forderungen berücksichtigt und hielt die dafür geplante Aufnahme von Schulden in Millionenhöhe für gerechtfertigt. Die SPD regte noch den Anschluss der Gemeinde an die Gasversorgung an. Auch damit würde die Gemeinde Neuland betreten. (Baubeginn war hier 1979).



Der Haushaltsplan 1971, geschmückt mit einer Zeichnung der Ostwestfalenhalle, berücksichtigte bereits mehrere Schwerpunkte des für die kommenden Jahre geplanten Investitionsprogramms.